



Europäischer Wirtschafts-  
und Sozialausschuss

# STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

## Lage der Energieunion 2021

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
Lage der Energieunion 2021 – ein Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals und zur Erholung der Union (gemäß der Verordnung (EU) 2018/1999 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz)  
[COM(2021) 950 final]

**TEN/767**

Berichterstatte<sup>r</sup>in: **Alena MASTANTUONO**

[www.eesc.europa.eu](http://www.eesc.europa.eu)

**DE**

Befassung	Europäische Kommission, 20/12/2021
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Verabschiedung im Plenum	19/05/2022
Plenartagung Nr.	569
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	184/4/2

## 1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Die derzeit ernste Lage infolge des russischen Einfalls in die Ukraine zeigt deutlich, dass die Risiken für die Energieversorgungssicherheit der EU und die damit verbundenen Probleme nicht nur im Rahmen des 6. Jahresberichts zur Lage der Energieunion, sondern vor allem in der Realität stark unterschätzt worden sind. Die gegenwärtige tragische Situation führt uns vor Augen, dass es ein fataler Fehler war, im Energiebereich auf eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit der EU mit Russland zu setzen, auch wenn dies von zahlreichen ehemaligen Spitzenpolitikern einiger EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich unterstützt wurde.
- 1.2 Das ganze Ausmaß der potenziellen Risiken, die mit der Abhängigkeit des EU-Energiesystems von Einfuhren von Rohstoffen für die Energiebranche aus Russland einhergehen und sich mit der Annexion der Krim verschärft haben, ist nun zutage getreten und erfordert ein dringendes Handeln seitens der EU.
- 1.3 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist den Zielen des Grünen Deals verpflichtet und empfiehlt, die Anstrengungen zur Verwirklichung der festgelegten Ziele und für eine schnellstmögliche Verringerung der Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen zu verstärken. Allerdings muss das Gesamtszenario für die Umsetzung des Grünen Deals angepasst werden, um sicherzustellen, dass es unter den derzeitigen Umständen machbar und realistisch ist.
- 1.4 Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass nun vor allem der ersten Säule der Energieunion „Sicherheit der Energieversorgung, Solidarität und Vertrauen“ besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Gleichzeitig müssen Synergien zwischen ihren Säulen sowie alle einschlägigen Unterstützungsinstrumente (Finanzierung, Besteuerung, Taxonomie, Emissionszertifikate und Regulierungsvorschriften) weiter gestärkt werden.
- 1.5 Der EWSA hält den 6. Jahresbericht zur Lage der Energieunion für nicht ausgewogen genug. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Versorgungsengpässe auf den Energiemarkt liegt der Schwerpunkt vor allem auf den Energiepreisen und Instrumenten zur Beseitigung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, während Fragen wie Versorgungssicherheit, Innovation und Forschung nur oberflächlich behandelt werden. Der EWSA hätte sich einen breiter angelegten und gut strukturierten Überblick über Finanzierungsquellen zur Stärkung der Energieunion sowie eine bessere Nutzung der Fortschritte der Energieunion als Beitrag zu innovativen Maßnahmen und zur Wettbewerbsfähigkeit gewünscht.
- 1.6 Besonders zeigt sich der EWSA mehr als irritiert darüber, dass zentrale Ziele der Europäischen Energieunion auch in diesem Bericht wieder – wie schon in früheren Berichten – nicht bzw. nur am Rande angesprochen werden. Es sei daran erinnert, dass man u. a. die Importabhängigkeit reduzieren, die Bürger in den Mittelpunkt der Energieunion stellen und die EU weltweit zur Nummer 1 bei erneuerbaren Energien machen wollte. Man sollte erwarten, dass in den jährlichen Lageberichten diese zentralen Anliegen auch zentral analysiert und mögliche Fehlentwicklungen deutlich benannt würden, um ggf. neue Initiativen zu entwickeln. Hiervon ist der vorliegende Bericht weit entfernt; beispielsweise wird die für den EWSA wichtige Frage der Entwicklung der Bürgerenergie sträflich vernachlässigt. Der EWSA erwartet von der

Kommission, dass im Bericht 2022 hier in gesonderten Kapiteln klare Aussagen gemacht werden.

- 1.7 Der EWSA begrüßt ausdrücklich, dass erneuerbare Energien zur wichtigsten Stromquelle in der EU geworden sind, was von zentraler Bedeutung ist, um die hohe Abhängigkeit der EU von Energieeinfuhren zu verringern und die Energieversorgungssicherheit der Union zu fördern. Nach Auffassung des Ausschusses bedarf es jedoch konkreter Maßnahmen, um die Verbraucher in die Lage zu versetzen, sich aktiv am Markt zu beteiligen und von dezentraleren, nachhaltigeren Versorgungsstrukturen zu profitieren.
- 1.8 Der EWSA stimmt den in dem Bericht enthaltenen Aussagen zum Entwicklungspotenzial des Energiebinnenmarkts zu, dessen Vollendung in puncto Marktumfeld, Marktinstitutionen, Regulierungsvorschriften und Verbund zwischen den Mitgliedstaaten noch nicht abgeschlossen ist. Die Energiewende wird ein Test für die Energieinfrastruktur sein; es gilt, alle Mittel zu mobilisieren, um die Infrastruktur darauf vorzubereiten und resilient gegen künftige Schocks zu machen.
- 1.9 Der Anstieg der Energiepreise im Herbst 2021 und die aktuelle Lage machen deutlich, dass die Entwicklung der Energiepreise genau beobachtet und ein stärker integrierter Ansatz für einen vernünftigen Umgang mit den Auswirkungen hoher Energiepreise auf die Armut entwickelt werden muss.
- 1.10 Die Entwicklung der EU-Energieunion ist nun in eine Phase eingetreten, in der deutliche Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit unternommen werden müssen. Auch muss mehr Gewicht auf Solidarität und Vertrauen gelegt werden. Höchstwahrscheinlich wird ein Stresstest mit Blick auf den nächsten Winter unumgänglich sein, denn wir müssen gerüstet sein, um die negativen Auswirkungen auf die Energieverteilung und somit auf die Wirtschaftsleistung und den Lebensstandard möglichst gering zu halten.
- 1.11 Außerdem sollte sich die EU darüber im Klaren sein, dass das derzeitige System der Energieeinfuhren aus Russland dazu führt, dass weiterhin Geld in die Kasse des russischen Staates fließt, der diese Mittel zur Finanzierung seiner Militäroperationen nutzt. Es müssen so bald wie möglich alternative Wege gefunden werden, um die Energieversorgung durch eine Diversifizierung der Lieferanten aus verschiedenen Ländern und die Nutzung unterschiedlicher Energiequellen zu sichern. Gleichzeitig muss die Solidarität innerhalb der EU gestärkt werden. Dasselbe gilt für in die EU eingeführte Rohstoffe.
- 1.12 Der EWSA würde einen entschlosseneren politischen Kurs, eine Analyse der Auswirkungen des Zusammenhangs zwischen dem Energie- und dem digitalen Sektor sowie zwischen der Energieunion und der neuen Industriestrategie der EU wie auch Prognosen zu den Folgen der für den Energiesektor, die Unternehmen und die Gesellschaft der EU aktuell gefährlichen Situation sehr begrüßen.
- 1.13 Darüber hinaus sollte der Bericht zur Lage der Energieunion auch ein eigenes Kapitel über die Anstrengungen für die Verwirklichung eines gerechten Übergangs enthalten, in das u. a. bewährte nationale und europäische Verfahren aufgenommen werden, wie EU-Mittel eingesetzt

werden, um die für den ökologischen Wandel erforderlichen Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen. Der EWSA betont, dass es bei dem gerechten Übergang nicht nur um die Finanzierung dieses Übergangs geht. Er umfasst vielmehr auch das Ziel, unter Einbindung der Sozialpartner angemessene und hochwertige Arbeitsplätze sowie soziale Sicherheit zu schaffen, und erfordert besondere Maßnahmen auf regionaler Ebene.

- 1.14 Der EU fehlt es an öffentlichen Investitionen in Forschung und Innovation im Bereich der sauberen Energie, weshalb sie hinter ihren globalen Partnern zurückbleibt und so den Anschluss bezüglich wichtiger Zukunftstechnologien und -märkte zu verlieren droht. Der EWSA fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, einen strategischen Plan für den Bereich der sauberen Energie vorzulegen, um die Entwicklung sauberer Energiebranchen in der EU zu fördern.

## 2. Hintergrund

- 2.1 Mit ihrem 6. Jahresbericht zieht die Europäische Kommission eine Bilanz der Fortschritte bei der Umsetzung der Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union, einschließlich der Energieunion und ihrer fünf Säulen. Zudem wird in dem Bericht dargelegt, wie die neuen, im Europäischen Klimagesetz festgeschriebenen Klimaziele der EU mit dem Paket „Fit für 55“ in sinnvolle Legislativvorschläge umgesetzt wurden. Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft wird als Teil der Lösung auf dem Weg zur Klimaneutralität und als Reaktion auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise gesehen.
- 2.2 In dem Bericht wird ein positiver Trend bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU festgestellt. Im Jahr 2020 ging der Ausstoß von Treibhausgasen (THG) in der EU im Vergleich zu 1990 um 31 % zurück, was sowohl auf die Auswirkungen der Pandemie auf den Energieverbrauch als auch auf die schrittweise Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft zurückzuführen ist. Die von den Mitgliedstaaten 2021 vorgelegten Prognosen deuten darauf hin, dass die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 mit den bestehenden Maßnahmen um 34 % und mit zusätzlichen Maßnahmen um 41 % gesenkt werden können. Im europäischen Klimagesetz ist allerdings eine Verringerung der THG-Emissionen um mindestens 55 % festgeschrieben.
- 2.3 2020 haben erneuerbare Energien erstmals die fossilen Brennstoffe als wichtigste Energiequelle der EU abgelöst (ihr Anteil an der insgesamt in der EU erzeugten Energie betrug 38 %, auf fossile Brennstoffe entfielen 37 % und auf die Kernenergie 25 %). Der Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Gesamtenergiemix der EU wird voraussichtlich mindestens 22 % erreichen, auch wenn einige Mitgliedstaaten Gefahr laufen, ihr nationales verbindliches Ziel zu verfehlen. Die Nutzung erneuerbarer Energien wurde 2020 durch Investitionen in Höhe von 48,8 Mrd. EUR (gegenüber 32,9 Mrd. EUR im Jahr 2019) gefördert. Allerdings verlief die Entwicklung bei den einzelnen Technologien unterschiedlich.
- 2.4 Der diesjährige Bericht wird vor dem Hintergrund eines starken Anstiegs der Gas- und Strompreise veröffentlicht. Die Großhandelspreise für Strom sind gegenüber dem Vorjahr um 230 % gestiegen, wobei die Auswirkungen auf die Endkundenpreise bis September 2021 moderater ausfielen (+ 11 % im EU-Durchschnitt). Der Preisschock war weitgehend auf die

2020 zu verzeichnenden negativen Strompreise zurückzuführen, die durch den Konjunkturrückgang gedrückt wurden.

- 2.5 Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren vor allem die steigenden Gaspreise, die sich neunmal stärker auf den Strompreis auswirkten als der im selben Zeitraum beobachtete Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises. Die eingespeicherten Gasvorräte sind knapp bemessen, und die Nettoenergieimportabhängigkeit der EU ist insgesamt so hoch wie seit dreißig Jahren nicht mehr (60,6 % im Jahr 2019 gegenüber 58,2 % im Jahr 2018 und 56 % im Jahr 2000) – und dies, obwohl es ausdrückliches Ziel der Energieunion war und ist, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Ein „Bericht zur Lage der Energieunion“ sollte hier nicht nur solch negative Zahlen nennen, sondern auch darstellen, warum es nicht einmal im Ansatz gelungen ist, das Ziel einer Reduktion der Importabhängigkeit zu erreichen.
- 2.6 Als Reaktion auf die steigenden Energiepreise veröffentlichte die Europäische Kommission eine „*Toolbox*“ mit *Gegenmaßnahmen und Hilfeleistungen*, um rasche Unterstützung für schutzbedürftige Gruppen bereitzustellen. 2019 waren in der EU bis zu 31 Millionen Menschen von Energiearmut betroffen. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, gefährdete Gruppen vor dem Preisanstieg zu schützen und einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität zu gewährleisten.
- 2.7 Die Kommission hat in ihrem Bericht die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) mit der Bewertung der Vor- und Nachteile der derzeitigen Gestaltung des Großhandelsmarkts für Strom beauftragt. Dabei soll auch bewertet werden, inwieweit diese Marktgestaltung es ermöglicht, extremen Preisschwankungen auf den Gasmärkten entgegenzuwirken.
- 2.8 Für erneuerbare Energien wurden 78 Mrd. EUR an Subventionen bereitgestellt. Bei den Subventionen für fossile Brennstoffe war 2020 ein leichter Rückgang auf 52 Mrd. EUR zu verzeichnen. Sie könnten im Zuge der gegenwärtigen Konjunkturerholung jedoch wieder ansteigen. Laut dem 6. Bericht haben neun Mitgliedstaaten den Kohleausstieg vollzogen, 13 haben ein verbindliches Zieldatum dafür festgelegt, vier erwägen einen möglichen Zeitrahmen, und nur in einem Mitgliedstaat wurden noch keine nationalen Gespräche über einen Kohleausstieg eingeleitet.
- 2.9 2019 nahm lediglich der Primärenergieverbrauch in ausreichendem Tempo ab, um die Ziele bis 2030 einhalten zu können. Der Primärenergieverbrauch in der EU ist im Jahr 2019 gegenüber 2018 um 1,9 % gesunken, der Endenergieverbrauch um 0,6 %. Es bedarf weitaus größerer Anstrengungen, um das bestehende Ziel für den Endenergieverbrauch und die ehrgeizigeren Ziele, die in der vorgeschlagenen Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie festgelegt sind, zu erreichen.
- 2.10 Der Bericht trägt zur Ermittlung der Bereiche bei, in denen künftig weiterer Handlungsbedarf besteht und verstärkte Anstrengungen unternommen werden sollten. In dem Bericht wird zudem herausgestellt, dass neben Investitionen auch die Beseitigung von Verwaltungshindernissen erforderlich ist, die dem Einsatz erneuerbarer Energien und der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Wege stehen.

- 2.11 Die EU prüft derzeit, wie die technische und allgemeine Sicherheit bei der Energieversorgung erhöht und das Verbundnetz unionsweit verbessert werden kann. Die Krise hat deutlich gemacht, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Versorgung aus unsicheren Quellen vermieden werden muss.
- 2.12 Die öffentlichen Ausgaben der EU für Forschung und Innovation (FuI) im Bereich saubere Energie in den Mitgliedstaaten sind nach wie vor niedriger als 2010, was jedoch teilweise durch Aufbaumittel ausgeglichen werden kann, die auf nationaler und EU-Ebene für FuI im Bereich saubere Energie bereitgestellt werden. Die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der Energiewende in der gesamten Union wird durch den EU-Haushalt 2021–2027 erheblich vorangetrieben werden. Insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung und der Kohäsionsfonds werden mindestens 30 % bzw. 37 % der verfügbaren Mittel für die Verwirklichung dieses Ziels bereitstellen. Darüber hinaus fließen auch Fördermittel aus dem Mechanismus für einen gerechten Übergang oder dem Programm „InvestEU“ in den ökologischen Wandel.
- 2.13 Bis zum 5. Oktober 2021 beliefen sich die geplanten Klimaschutzinvestitionen im Rahmen von 22 nationalen Aufbau- und Resilienzplänen insgesamt auf rund 177 Mrd. EUR, was 40 % der insgesamt 445 Mrd. EUR an Fördermitteln entspricht, die diesen Mitgliedstaaten aus der Aufbau- und Resilienzfazilität zugewiesen wurden.
- 2.14 Der Mitteilung sind folgende fünf Begleitberichte beigelegt:
- Energiesubventionen in der EU
  - Fortschrittsbericht über den Klimaschutz 2021
  - Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit von sauberen Energietechnologien
  - Bericht über die Kraftstoffqualität
  - Bericht über das Funktionieren des CO<sub>2</sub>-Marktes (Emissionshandelssystem)

### 3. **Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 Die militärische Invasion der Ukraine durch Russland bedeutet nach Auffassung des EWSA eine schwere Erschütterung der Sicherheit, der Funktionsweise und der Leistungsfähigkeit der Energieunion, ganz zu schweigen von dem Leid, das diese Militärintervention für die Ukraine und das ukrainische Volk mit sich bringt. Er ist die größte Gefahr für die Sicherheit in der Geschichte der europäischen Integration und erfordert eine Neuausrichtung und Anpassung der strategischen und sicherheitspolitischen Prioritäten der EU sowie die möglichste rasche Entwicklung geeigneter Instrumente zur Umsetzung dieser Prioritäten.
- 3.2 Der EWSA appelliert dringend an die EU-Institutionen, künftige Sicherheitsbedrohungen weitsichtiger anzugehen und der Sicherheit und Diversifizierung der Versorgung mehr Aufmerksamkeit zu schenken sowie für mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten zu sorgen. Angesichts der Gefahren für die Sicherheit ist zudem deutlich geworden, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden muss, um die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Ziele des Grünen Deals zu erreichen.

- 3.3 Der EWSA nimmt den ausführlichen Bericht der Europäischen Kommission, in dem sie eine Bilanz der Veränderungen und Fortschritte bei der Umsetzung der Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union zieht, zur Kenntnis. Er wertet die Fortschritte der EU bei der Verwirklichung ihrer Klimaziele als positiv und begrüßt die Ermittlung von Bereichen, in denen die Entwicklung weiter vorangetrieben werden muss. Die COVID-19-Pandemie hat sich 2020 eher positiv auf die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgewirkt, da weniger Energie verbraucht und somit auch erzeugt wurde. Als die Konjunktur 2021 jedoch wieder anzog, stieg die Nachfrage, was zusammen mit anderen Faktoren zum Anstieg der Energiepreise führte. Der EWSA begrüßt, dass es die Kommission mit ihrer Mitteilung zu den Energiepreisen<sup>1</sup> ermöglichte, rasche Unterstützung für gefährdete Bevölkerungsgruppen bereitzustellen und den negativen Auswirkungen des Preisschocks entgegenzuwirken, und verweist auf seine Stellungnahme TEN/761<sup>2</sup>.
- 3.4 Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, die Entwicklung der Energiepreise genau zu beobachten, und schlägt vor, in den nächsten Bericht zur Lage der Energieunion Statistiken zur Entwicklung der Energiepreise einfließen zu lassen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass kohärentere Daten erforderlich sind, die ein präzises Gesamtbild des Marktes zeichnen.
- 3.5 Wie bereits in früheren Stellungnahmen dargelegt, betont der EWSA, dass der ökologische Wandel gerecht vonstattengehen muss und niemand dabei zurückgelassen werden darf. Der Wandel umfasst nicht nur technische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Aspekte. Durch einen regelmäßigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit der Zivilgesellschaft, einschließlich der Sozialpartner, insbesondere in den vom Wandel betroffenen Regionen, sollte sichergestellt werden, dass die klima- und energiepolitischen Ziele als sozial attraktiv wahrgenommen und mit möglichst geringen sozioökonomischen Kosten erreicht werden. Mindestens so wichtig wie die Vertiefung des Dialogs ist die Umsetzung des Versprechens, die Bürgerinnen und Bürger aktiv in das Marktgeschehen zu integrieren, sie zu Prosumenten zu machen und sie in neue Wertschöpfungsmöglichkeiten zu integrieren. Im Hinblick darauf werden die Qualität der praktischen Ausgestaltung und die Finanzierung einzelner Instrumente sowie ihre konkrete Umsetzung auf nationaler Ebene ausschlaggebend sein. Ein zentrales Anliegen künftiger Dialoge muss es daher sein, die Standpunkte der Sozialpartner einzubeziehen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen und gerechten Wandel.
- 3.6 In dem Bericht zur Lage der Energieunion sollte auch auf die Bemühungen um einen gerechten Wandel eingegangen werden. Hierzu könnten Beispiele für erfolgreiche Maßnahmen aufgeführt werden, die in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene umgesetzt wurden. Der EWSA betont, dass es bei dem gerechten Übergang nicht nur um die Finanzierung dieses Übergangs geht. Er umfasst vielmehr auch das Ziel, angemessene und hochwertige Arbeitsplätze sowie soziale Sicherheit zu schaffen, und erfordert besondere Maßnahmen auf regionaler Ebene.

---

<sup>1</sup> [COM\(2021\) 660 final](#).

<sup>2</sup> <https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/energy-prices>.



- 3.7 Der EWSA hätte sich im 6. Jahresbericht mehr Ausgewogenheit in Bezug auf die einzelnen Aspekte der Energieunion gewünscht. Der Bericht befasst sich ausführlich mit den Bereichen Energieeffizienz und Dekarbonisierung, den derzeit wichtigsten politischen Prioritäten. Dagegen wird den Themen Sicherheit, Solidarität und Vertrauen, Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie den Herausforderungen und Erfolgen in diesen Bereichen jedoch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.
- 3.8 Besonders zeigt sich der EWSA mehr als irritiert darüber, dass zentrale Ziele der Europäischen Energieunion auch in diesem Bericht wieder – wie schon in früheren Berichten – nicht bzw. nur am Rande angesprochen werden. Es sei daran erinnert, dass man u. a. die Importabhängigkeit reduzieren, die Bürger in den Mittelpunkt der Energieunion stellen und die EU weltweit zur Nummer 1 bei erneuerbaren Energien machen wollte. Man sollte erwarten, dass in den jährlichen Lageberichten diese zentralen Anliegen auch zentral analysiert und mögliche Fehlentwicklungen deutlich benannt würden, um ggf. neue Initiativen zu entwickeln. Hiervon ist der vorliegende Bericht weit entfernt: Beispielsweise wird die für den EWSA wichtige Frage der Entwicklung der Bürgerenergie sträflich vernachlässigt. Der EWSA erwartet von der Kommission, dass im Bericht 2022 hier in gesonderten Kapiteln klare Aussagen gemacht werden.
- 3.9 Der EWSA stellt erfreut fest, dass die Mitgliedstaaten die Verwirklichung der bis 2020 gesetzten bestehenden Ziele für erneuerbare Energien als künftig wichtigste Quelle für die Stromerzeugung ehrgeiziger in Angriff nehmen. Er ermutigt die Mitgliedstaaten, die dieses Ziel verfehlen, verstärkt auf Unterstützung für einen besseren Einsatz erneuerbarer Energien zu setzen und/oder Vereinbarungen über den statistischen Transfer abzuschließen. Dabei weist er darauf hin, dass der Ausstieg aus fossilen Energiequellen einer Studie der Kommission<sup>3</sup> zufolge mit einer erheblichen Reduzierung der externen Kosten einhergeht (etwa für gesundheitliche und ökologische Belastungen), die die Gesellschaft zu tragen hat. Zur Veranschaulichung: Bei der Stromerzeugung fallen für fossile Brennstoffe die höchsten externen Kosten an (zwischen 68 und 177 Euro pro MWh im Durchschnitt der EU-27). Kernenergie und erneuerbare Energien verursachen externe Kosten in Höhe von 3 bis 17 Euro pro MWh und Wind- und Wasserenergie weniger als 5 Euro pro MWh.
- 3.10 Der EWSA begrüßt, dass im Vergleich zu früheren Berichten stärker auf die Rolle der Prosumenten eingegangen wird. Er verweist erneut auf seine Forderung, als wichtigstes Ziel die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Energieunion zu stellen<sup>4</sup>. Verbraucher sollten eine Wahlmöglichkeit haben und sich aktiv am Markt beteiligen können. Die EU muss jedoch konkrete Vorschriften beschließen, um dieses Konzept rasch in die Praxis umzusetzen.
- 3.11 Die Errichtung des Energiebinnenmarkts ist immer noch nicht abgeschlossen, sodass Kleinerzeuger erneuerbarer Energie nicht optimal von seinen Vorteilen profitieren können. Zudem sind durch den Anstieg der Energiepreise die Schwächen des Energiemarkts zutage getreten. Es wurde deutlich, dass einige Energieversorger weder in der Lage sind, diese

---

<sup>3</sup> Studie im Auftrag der Europäischen Kommission: *Energy costs, taxes and the impact of government interventions on investments*, erarbeitet von EnergyVille.

<sup>4</sup> [ABl. C 220 vom 9.6.2021, S. 39.](#)

Tätigkeit auszuüben, noch über eine ausreichende Kapitalbasis verfügen. Die Gestaltung des Marktes, seine Regulierung, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für einzelne Akteure und ein angemessener Verbraucherschutz sollten gestärkt werden.

- 3.12 Der EWSA bedauert, dass seine Forderung nach einer Verringerung der strategischen Abhängigkeit von Dritten nicht nur ungehört verhallt ist, sondern dass sich diese Abhängigkeit vielmehr weiter verstärkt hat. Noch nie war die EU in den letzten drei Jahrzehnten so stark von Energieimporten abhängig wie 2021. Diese unglückliche Ausgangslage ist einer der Faktoren, die zum Anstieg der Energiepreise beigetragen haben. Vor diesem Hintergrund macht der EWSA erneut darauf aufmerksam, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten eine weitere Zunahme der Einfuhren vermeiden und dieses Thema ernst nehmen sollten, wenn sie auf Wasserstoff oder andere Energieträger als treibende Kraft im Dekarbonisierungsprozess setzen, da dies zu einem weiteren Anstieg der Importe führen kann. Angesichts der aktuellen Lage kommt es nicht nur wesentlich darauf an, eine Strategie zur Verringerung der zunehmenden Energieabhängigkeit der EU umzusetzen, sondern auch Lösungen für eine machbare territoriale Diversifizierung der Energieversorgung und -verteilung ohne geopolitische Risiken zu finden.
- 3.13 Die Mitgliedstaaten haben bewiesen, dass sie bereit sind, den ökologischen Wandel zu unterstützen, und der Anteil der Ausgaben für Klimaschutzinvestitionen im Rahmen von 22 nationalen Aufbau- und Resilienzplänen, der 40 % der Gesamtmittel entspricht, macht erneut deutlich, wie kostenintensiv der ökologische Wandel ist und auch künftig sein wird. Dennoch ist der Anteil der öffentlichen Investitionen in Technologien für saubere Energie, die für die Dekarbonisierung erforderlich sind, in der EU im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften am niedrigsten, wodurch der Wettbewerbsvorteil der EU gegenüber globalen Partnern gefährdet wird. Zudem müssen die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Energiepolitik gestellt werden. Wenn sie in der Lage sind, zu investieren, und sich diese Investitionen für sie auszahlen, können erhebliche private Gelder in diesen Sektor fließen.
- 3.14 Eine zügige Annahme des delegierten Rechtsakts über Vorschriften zur Definition ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten dürfte ein entscheidendes Signal für die Erschließung öffentlicher FuI-Ausgaben für saubere Energie in den Mitgliedstaaten sein. Der EWSA geht davon aus, dass dies auch zum Rückgang der Investitionen in fossile Brennstoffkapazitäten und der damit verbundenen Subventionen beitragen wird.
- 3.15 Der CO<sub>2</sub>-Marktbericht 2021 belegt, dass das Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS) wesentlich zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beigetragen hat. Zwischen 2013 und 2020 beliefen sich die Erlöse aus den Versteigerungen im Rahmen des EU-EHS auf über 68 Mrd. EUR. Der EWSA nimmt zur Kenntnis, dass 75 % der Einnahmen aus dem EU-EHS für Klimamaßnahmen und energiebezogene Zwecke verwendet wurden, was deutlich über den für die Mitgliedstaaten vorgeschriebenen mindestens 50 % liegt. In diesem Zusammenhang fordert der EWSA die Mitgliedstaaten auf, diesen Anteil im Zuge der Eindämmung des Klimawandels weiter zu erhöhen.
- 3.16 Die Europäische Union ist keine Insel, ihre Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sowie die klimapolitische Abstimmung mit globalen Partnern ist von größter Bedeutung. Die EU sollte

auf das Ziel der Klimaneutralität hinarbeiten und zugleich für Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der Energieversorgung zu für Unternehmen und Bürger erschwinglichen Preisen sorgen.

- 3.17 Der EWSA begrüßt, dass der Bericht Daten zur Beschäftigung im Bereich der sauberen Energien enthält, die jährlich um 2 % wächst. In der EU sind viele grüne Arbeitsplätze unbesetzt, was noch deutlicher zu spüren sein wird, wenn der ökologische Wandel durch Investitionen in Renovierungsvorhaben beschleunigt wird. Es muss dafür gesorgt werden, dass einschlägig qualifizierten Menschen ein rascher Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird und dass die neuen, im Zuge des grünen Wandels entstehenden Arbeitsplätze gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne bieten. Möglichst große Anstrengungen sollten bei der Entwicklung von Schulungen und beim Kompetenzerwerb im Bereich der energetischen Sanierung unternommen werden.
- 3.18 Auf dem Energiemarkt zeigt sich derzeit, dass verschiedene Aspekte der Energieversorgungssicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit Gaslieferungen in die EU, unterschätzt werden und dass keine ausreichenden Bemühungen unternommen werden, die starke und sogar weiter zunehmende Abhängigkeit der EU von Energieimporten zu beseitigen. Ferner zeigt sich, dass zu wenig Solidarität unter den Mitgliedstaaten bei der Suche nach wirksamen Lösungen der Probleme herrscht und es möglicherweise auch an Vertrauen fehlt, um einen Konsens zu erzielen.
- 3.19 Der EWSA begrüßt nachdrücklich, dass umfangreiche Mittel aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 der EU und aus dem Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ speziell für die Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit den Zielen der Energieunion bereitgestellt werden.

#### 4. **Besondere Bemerkungen**

- 4.1 Die EU hat zwar die allmähliche Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe zugesagt, doch wird dies nicht ausreichend umgesetzt. Aus dem Anhang des Berichts geht hervor, dass die Subventionen für fossile Brennstoffe leicht zurückgegangen sind, jedoch ist im Zuge der Konjunkturerholung damit zu rechnen, dass sie erneut zunehmen werden. Zwischen 2015 und 2019 sind die Subventionen für fossile Brennstoffe in der EU um 4 % gestiegen und 2020 messbar zurückgegangen. Im Energiesektor war ein Rückgang dieser Subventionen um 10 % und in der Industrie um 4 % zu verzeichnen, während sie im Verkehrssektor um 25 % und bei den Privathaushalten in Form von Subventionen für Heizöl und Erdgas um 13 % zunahmen. Subventionen spielen eine wichtige Rolle im sozialen Bereich, da durch sie gewährleistet wird, dass die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft gerecht vonstattengeht.
- 4.2 Der EWSA bedauert, dass der Zusammenhang zwischen Energiewende und digitalem Wandel in dem Bericht nicht untersucht wird. Die Digitalisierung eröffnet Möglichkeiten für Energieeinsparungen, eine Verringerung der Energieintensität und ein besseres Management der Energieinfrastruktur. In dem Bericht hätte ausführlich auf mögliche Lösungen für die steigende Nachfrage nach Elektrifizierung und die erforderlichen stabilen und nachhaltigen Energielösungen eingegangen werden können. Die Energiewende wird ein Test für die

Energieinfrastruktur sein; es gilt, alle Mittel zu mobilisieren, um die Infrastruktur darauf vorzubereiten und resilient gegen künftige Schocks zu machen.

- 4.3 Umschulung und Weiterbildung werden beim ökologischen Wandel eine wichtige Rolle spielen. Mit Blick auf die Entwicklung konkreter Strategien zur Überwachung und Antizipation des Bedarfs an Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung der Arbeitnehmer im Elektrizitätssektor verweist der EWSA auf die Ergebnisse des Sozialpartnerprojekts „The Skills2Power“. Darüber hinaus hätte in dem Bericht zur Lage der Energieunion untersucht werden können, wie EU-Mittel etwa aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Programm Erasmus+ oder den Kohäsionsfonds eingesetzt werden, um die für den ökologischen Wandel erforderlichen Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen.
- 4.4 Der EWSA empfiehlt, potenzielle Engpässe in den Rohstoffversorgungsketten für Energietechnologien, die für die Energieversorgungssicherheit und die Energiewende entscheidend sind, genau im Auge zu behalten. Er schlägt vor, die Versorgung mit kritischen Rohstoffen so weit wie möglich zu diversifizieren und im Hinblick darauf internationale Gespräche mit globalen Partnern aufzunehmen und ein Szenario für alternative Lösungen auszuarbeiten.
- 4.5 Die EU braucht mehr Investitionen in Forschung und Innovation im Bereich saubere Energie. In der EU lag der Anteil der öffentlichen Investitionen in Technologien für saubere Energie 2019 bei 0,027 % des BIP. Wie soll die Energiewende ernsthaft vorangetrieben werden, wenn dieser Anteil in der EU so niedrig ist wie in keiner anderen großen Volkswirtschaft? Auch wenn sie nach wie vor eine starke Marktposition in der Windenergiebranche innehat, hinkt die EU in zahlreichen anderen Branchen wie Photovoltaik, erneuerbarer Wasserstoff, Wärmepumpen oder erneuerbare Kraftstoffe hinter ihren globalen Partnern hinterher.<sup>5</sup> Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, einen strategischen Plan für die einzelnen Bereiche vorzulegen, um die Entwicklung sauberer Energiebranchen in der EU zu fördern.
- 4.6 Um zu beobachten, welche Mitgliedstaaten in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation am leistungsstärksten sind, schlägt der EWSA die regelmäßige Veröffentlichung eines Anzeigers vor. Darin könnte auf von der EU verwaltete Programme, aber auch die Kohäsionspolitik und die Aufbau- und Resilienzfazilität eingegangen werden, zumal es bereits einen Anzeiger der Aufbau- und Resilienzfazilität und den seit Langem bestehenden kohäsionspolitischen Anzeiger<sup>6</sup> gibt.
- 4.7 Der EWSA empfiehlt nachdrücklich, das EU-EHS transparenter zu gestalten und gegebenenfalls in angemessener Weise in das System einzugreifen, um den Preis der Zertifikate an den gewünschten Wert anpassen zu können und plötzliche Preisschwankungen wie im vergangenen Jahr (zunächst ein starker Anstieg auf über 100 EUR und nun ein steiler Preissturz auf ca. 55 EUR innerhalb weniger Tage) zu vermeiden.

---

<sup>5</sup> [COM\(2021\) 952 final](#).

<sup>6</sup> <https://cohesiondata.ec.europa.eu/>; [https://ec.europa.eu/economy\\_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html#](https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html#).

- 4.8 Der EWSA empfiehlt, Synergien mit der neuen Industriestrategie für Europa (siehe die Mitteilung der Kommission von März 2020) im Rahmen der Governance und Steuerung der Energieunion stärker zu berücksichtigen.
- 4.9 In Bezug auf die Ziele im Bereich der Dekarbonisierung betont der EWSA, dass sämtliche Instrumente (Rechtsvorschriften, das EU-EHS, Umweltsteuern und die Taxonomie) in einem gut abgestimmten und funktionierenden System miteinander koordiniert und harmonisiert werden müssen.

Brüssel, den 19. Mai 2022

Christa SCHWENG  
Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---